

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: R. Woffe, Haalenstein & Bogler, G. L. Daube,
Invalidentant. Berlin Bernh. Arndt, Marg. Gersmann,
Oderfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies, Halle a. S.
Joh. Bard & Co. Hamburg Joh. Nothbaar, A. Steiner,
William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Betreffs des von der „Post“ veröffentlichten Telegramms des Kaisers über die politische Thätigkeit der Pastoren schreibt das genannte Blatt jetzt:

„Das „Lageblatt“ nimmt an, Herr Freiherr von Stumm-Halberg sei selbst der Empfänger des Telegramms gewesen. Daß das unrichtig ist, geht schon aus der Rede hervor, die Freiherr von Stumm in Neunfirchen am 12. April hielt, und worin er sich auf das Telegramm bezog. Im Uebrigen ist der Name des Empfängers schon genannt worden, und wir sind in der Lage zu bestätigen, daß es Herr Geheimrath Hinzpeter gewesen ist, an den das Telegramm gerichtet war, und der auf Allerhöchster Befehl dem Freiherrn von Stumm eine Abschrift davon zustellte. — Gegenüber einem Zweifel, den die „Germania“ ausspricht, können wir konstatiren, daß auch die Veröffentlichung selbstverständlich mit Allerhöchster Ernüchtigung geschehen ist.“

Der „Reichsbote“ erklärt, den Ausdruck „christlich-sozial ist Unsinn“ mit großem Schmerz zu empfinden und er stellt ihm folgende Erinnerung entgegen:

„Unter Kaiser johte in der genannten Wal-
dersee-Verammlung 1887: „Gegenüber den
grünblühenden Tendenzen einer anarchischen
und glaubenslosen Partei sei der wirksame
Schutz von Thron und Altar die Zurückführung
der glaubenslosen Menschen zum Christenthum
und zur Kirche und damit zu der Anerkennung
der geistlichen Autorität und der Liebe zu
Monarchie zu suchen. Der christlich-soziale Ge-
dachte sei deshalb mit mehr Nachdruck als bis-
her auf Geltung zu bringen.“

Gegebener den Schlussworten des kaiserlichen Telegramms, die Pastoren sollten „die Politik aus dem Spiele lassen, inwieweil sie das gar nichts angeht“, schreibt der „Reichsdorf“: „Was heißt denn überhaupt Politik oder Politik treiben, und wer hat dazu ein besonderes Privilegium? Als im Jahre 1843, 49 und 1862—66 in der Konstituentzeit das Königthum von der Demokratie aus bestigste angegriffen und seine Autorität in den Koth getreten wurde, da find sehr viele Pastoren hervorgetreten und haben dem Volke die Gewissen geklärt um Gehorsam gegen die Obrigkeit und zur Treue gegen den König — und doch waren es politische Fragen wie die Militärreform, welche damals auf der Tagesordnung standen — und König Wilhelm I. hat in jenen schweren Tagen den „politischen Pastoren“ gebahnt für ihre Treue und Standhaftigkeit. Die Politik ist kein Privilegium eines Standes. Man könnte deshalb auch sagen: die Philologen sollen sich um ihre Schüler, die Aerzte um ihre Patienten und die Juristen um ihre Prozesse kümmern, die Politik geht sie nichts an. Wer würde dann schließlich sich noch um Politik kümmern, als die Agitatoren, die sonst keinen ordentlichen Beruf haben. . . .“

Wir glauben, daß die Worte so bitter hart und schroff, wie sie in dem kurzen Telegrammentil daselben und wie sie von den demokratischen Presse ausgelegt werden, gemeint sind, sondern hoffen, daß der Kaiser nur die von der großen Mehrzahl der Pastoren selbst gemißbilligte politische Agitation, nicht radikal gerichteter Pastoren gemeint hat; ob nun so sehr beklagen wir die Veröfentlichung dieser Worte in der unvermittelten Schroffheit und Schärfe des kurzen Telegrammentils; doch so wie sie daselben, thun sie der großen Mehrzahl der Pastoren großes Unrecht und sind ungeeignet, ihre Autorität und damit auch ihre Wirksamkeit schwer zu schädigen. Wir halten deshalb eine authentische Interpretation und Einschränkung dieser Worte für dringend nöthig.

Die „Germania“, deren Partei mit der politischen Agitation der Gesellschaft steht unzufällig, ist selbstverständlich ebenso erregt, wie die „Reichshote“; sie sagt u. A.:

„Demzufolge muß sich jeder Mann von Bildung und Intelligenz aus dem politischen Leben fernhalten und daran theilnehmen, die Geistlichen aber wenigstens ausgeschlossen, aber nicht ihnen alldie Macht anvertrauen.“ „Sucht zuerst das Volk Gottes“, sondern auch den Regierungen, welche zunächst sich um reine Staatsangelegenheiten kümmern, die Parität pflegen, aber die religiösen Fragen aus dem Spiele lassen sollen.“ „Göserapapismus ist auch Unsinn (1). Die Geistlichen, welche das Vertrauen ihrer Gemeinde genießen wollen, haben mehr zu thun als Sonntagspredigten zu halten.“

Herrn Stöckers „Volk“ leitet den Abdruck der Kundgebung des Kaisers mit folgenden Auffassungen ein:

„Der Herr von Stumm-Dalberg, im Volksmunde als „König Stumm“ genannt, setzt den Kampf gegen die Christlich-Sozialen in seine Weise fort. Gestützt auf eine mächtige politische Stellung und das Vertrauen der höchsten Kreise ist er mehr noch als ein verantwortlicher Abgeordneter des Reichstages in der Lage, im trauten Gespräche seine Ansichten über ein „festes Regiment“ und die Christlich-Sozialen an entscheidender Stelle darzulegen. Daher mag es wohl auch kommen, daß Herr von Stumm in einer öffentlichen politischen Versammlung die Autorität des Staatsoberhauptes für seine Anschauung anführen konnte. Niemand würde sich auch darüber wundern, wenn ein Mann von solcher Bedeutung in die Gefahr der Selbstüberhebung und Unbulsamkeit fäme! Die von Herrn v. Stumm so heftig bekämpften christlich-sozialen Pastoren sind dagegen machtlos . . . Diese sozial-christlichen Pastoren betrachten ihre Vermögenen als notwendiges Hindernis . . . Daß unsere christlich-sozialen Pastoren keine Politiker im wöhnlichen Sinne des Wortes sind, beweist ihre selbstergebene Selbstlosigkeit in den Wahlkämpfen. Entweder hat uns Herr v. Stumm einen neuen Beleg seiner Stärke gegeben, indem er in der „Post“ zur Begründung seiner Behauptungen der Neunkirchner Versammlung das nachstehende Telegramm veröffentlichte u.“

Nach den Gesetzen vom 22. März 1891 und 9. Juni 1895, durch die in den Schutzgebieten von Ostafrika, Südwestafrika und Kamerun

Kaiserliche Schutztruppen eingerichtet worden sind, unterwerfen die Schutztruppen in Bezug auf militärische Organisation und Disziplin dem Reichs-Marine-Minister, in Betreff der Verwaltung und Verwendungs des Gouverneurs und weiterhin der Kolonialabtheilung des auswärtigen Amtes. Hieraus ergab sich ein Nebeneinanderstehen zweier Organe sowohl an der Zentralstelle wie in den einzelnen Kolonien. Eine mehrjährige Erfahrung hat nunmehr gelehrt, daß es für die in den Schutzgebieten noch immer vorhandenen und für unabsehbare Zeit zu erwartenden außerordentlichen Verhältnisse einer anderweitigen Organisation bedarf. Insbesondere muß die Leitung der militärischen und der Zivilbelegenheiten in der Kolonie einheitlich sein. Um dies herbeizuführen und um andererseits einen Zugang tüchtigen Offiziere und Unteroffiziere nach den Kolonien zu ermöglichen, sollen nach dem heute vom Bundesrath angenommenen Gesetzentwurf die deutschen Militärpersonen der Schutztruppe, die bisher als abkommandirte Angehörige der Marine galten, vollständig aus dem Heer oder der Marine ausgescheiden. Hierdurch fallen die bisherigen militärischen Würdungen, die einer völligen Unterstellung unter die Zivilbehörden widerstreben, fort. Andererseits soll aber den zur Schutztruppe übergetretenen Militärpersonen der Rücktritt in die Armee oder die Marine unter Wahrung ihres Dienstalters vorbehalten bleiben. Die Verarbeitung der Angelegenheiten der Schutztruppe soll vom Reichs-Marineamt getrennt und der Kolonialabtheilung des auswärtigen Amtes übertragen werden, zu dem behufs Verarbeitung der rein militärischen Angelegenheiten ein Offizier kommandirt werden soll. Des weiteren werden die Verpflegungsansprüche der Angehörigen der Schutztruppe entsprechend der Organisationsänderung neu geregelt. Auch auf die Polizeitruppe von Togo sollen die neuen Bestimmungen Anwendung finden. Der Entwurf enthält außerdem Bestimmungen über die Erfüllung der Wehrpflicht in den Schutzgebieten. Es soll durch kaiserliche Verordnung festgesetzt werden, in welchen Schutzgebieten und unter welchen Voraussetzungen wehrpflichtige Reichsangehörige, die dort ihren Wohnsitz haben, ihrer aktiven Dienstpflicht von der kaiserlichen Schutztruppe genügen dürfen. Ferner sollen die in den Schutzgebieten sich aufhaltenden Personen des deutschen Auslandsstandes des Heeres und der Marine in Fällen von Gefahr zu Verstärkungen der Schutztruppe herangezogen werden und in dringenden Fällen solche Verstärkungen vom obersten Beamten des Schutzgebietes angeordnet werden können. Jede Einberufung dieser Art soll einer Dienstleistung im Heer oder in der Marine gleichgeachtet werden. Auf Geistliche und Missionare sollen diese Bestimmungen keine Anwendung finden. Maßgebend für diese Bestimmungen war der Umstand, daß zur Debung der wirtschaftlichen Bedeutung unserer Schutzgebiete in erster Linie die Besiedlung mit deutschen Reichsanghörigen gebührt, daß dieser aber in der Unmöglichkeit, die Dienstpflicht oder den vorgeschriebenen Lebensstil in den Schutzgebieten selbst zu genügen, ein schweres Hinderniß entgegensteht. Hierzu kommt, daß die Unterhaltung der Schutztruppen, besonders in Südwestafrika, einen außerordentlichen Aufschlag des Reichs verlangt, auf dessen Verminderung besonders Bedacht genommen werden muß. Diejem Zwecke soll ebenfalls der vorliegende Gesetzentwurf dienen, zumal, besonders in Südwestafrika, nach den Ausführungen des Major Leutwein, die ständige Schutztruppe von 530 Mann für Friedenszeiten zu groß ist, ohne die Sicherheit zu bieten, daß sie in einem Kriege die genügende Stärke besitze. Zu einem Ausgleich dieses Uebelstandes und gleichzeitig zur Entlastung des Staats soll die Veranlagung der im Schutzgebiet wohnenden wehrpflichtigen Reichsanghörigen zur Ableistung ihrer Wehrpflicht in Schutzgebiete selbst dienen.

Berlin, 12. Mai. Der Kaiser hat mittelst
Urtheils vom 16. April d. Z. dem erwähnten
Dr., bisherigen Bischofswürdiger Dr.
Weber in Bonn die nachgeluchte landes-
liche Anerkennung ertheilt. Die Urkunde ist
d. Mai d. Z. durch den Oberpräsidenten des
Provinz dem Bischof Weber ausgehändigt
worden, nachdem derselbe den Bischofsstempel
durch den Kaiser für diesen Fall genehmigten
Stempel abgeleitet hat.

— Der Oberbürgermeister Adickes in Frankfurt a. M. hat folgende Bekanntmachung erlassen:

„Se. Majestät der Kaiser und König haben die Vorbereitungen und Veranstaltungen für die Feier und den ganzen Verlauf derselben über die schöne Schmückung und Illumination der ganzen Stadt und über die herrliche würdige Theilnahme der Bürgerchaft wieder Ihre lebhafteste Anerkennung und Befriedigung ausgesprochen und mich zu beauftragen geruht, der Bürgerchaft bekannt zu geben. Im meinem Sinne hat auch Ihre Majestät die darin Ihrer Freude und Anerkennung wieder Ausdruck verliehen. Indem ich mich beehren, allerhöchsten Auftrag zu erfüllen, weiß ich eins mit der Bürgerchaft, daß die Erinnerung an dieses herrliche Kaiser- und Friedensfest unaussprechliche sein wird.“

— Wir seien in der „Treff. Ztg.“: Der Reichstangler empfing in diesen Tagen eine Depesche, die sich gegen das Verbot des Detailreisens aussprach. Der Reichstangler hörte wie immer sehr aufmerksam den Vortrag des Reichers der Deputation an und bemerkte auf lateinisch, er begreife selbst nicht, wie man zu dem Verbot des Detailreisens gekommen sei.

— Nachdem das Kriegsgericht in Kalisch gemeldet, die russischen Grenzjohaten, welche im Oktober v. J. auf preußischem Gebiete zweifache Frauen ermordeten, zum Tode verurtheilt hat, der russische Finanzminister Witte als Vertreter der russischen Grenzwahe der deutschen Regierung für die Hinterbliebenen der beiderseits ermordeten Frauen dieser Tage circa 25 000 Mark bewilligt.

— Durch den Antrag [Gothain-Bund wird Ermäßigung von Eisenbahntarifen, welche die heimische Production von großer Bedeutung sind, auf die Tagesordnung gestellt. Insbesondere ist, wie die einstimmige Annahme des entsprechenden Antrages in der Sitzung

des Landes Verkehrsrathes vom 22. Mai 1891 beweist, die Ausdehnung des Kohstoffarrais auf Steinkohlen, Braunkohlen, Kokes, Brennholz, Torf, Erze aller Art u. s. w. eine Maßregel von weittragender Bedeutung für die heimische Produktion, namentlich die heimische Industrie und den heimischen Bergbau. Die Mehrtheil der beantragten Frachtermäßigungen liegt auf finanziellem Gebiete. Wenn es auch richtig ist, daß vielfach die Vermehrung des Verkehrs die finanzielle Wirkung der Tarifiermäßigungen ausgleichen würde, so vollständig sich die Vermehrung des Verkehrs doch regelmäßig nicht mit einem Schlage und es müßte jedenfalls mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß die Ueberflüsse der Eisenbahnverwaltungen durch solche Tarifiermäßigungen wenigstens zunächst herabgehen. Auch würde bei der Unmöglichkeit, die finanziellen Wirkungen einer solchen Maßnahme im Voraus auch nur mit annähernder Sicherheit schätzen zu können, ein neues Moment der Unsicherheit und der Schwankung in diesen Theil des preussischen Staatshaushaltes hineinkommen. Erwägt man ferner, daß der laufende Etat noch nicht balancirt, daß für den nächsten, auch abgesehen von den Mitteln zur Begehung des Etatsdefizits von 15 Millionen Mark, neue dauernde Mehrausgaben von etwa über 30 Millionen in Aussicht stehen, von denen durch Zinsersparnis in Folge einer etwaigen Konzentration der 4% Staatsanleihe nur ein Theil gedeckt werden kann, so ergibt sich von selbst, daß mit der Frage weitgehender Tarifiermäßigungen die Sicherheit solcher preussischen Finanzen gegen die Folgen solcher Tarifmaßregeln Hand in Hand gehen muß. Unter diesen Umständen gewinnt der Gedanke der Bildung eines Ausgleichsfonds mit der Bestimmung, für Ausfälle in den Eisenbahneinnahmen und Eisenbahnüberschüssen gegenüber dem Staatsoll Deckung zu liefern, eine praktische Bedeutung und Dringlichkeit. Man wird daher erwarten dürfen, daß diejenigen Mitglieder der nationalliberalen Partei, des Zentrums und der freisinnigen Vereinigung, welche diesen Antrag gestellt und unterstützt haben, bereit sind, demnach auch der Bildung eines solchen Ausgleichsfonds zuzustimmen.

— Der Vorstand und Ausschuss der freien Vereinigung des Abgeordnetenhauses zur Förderung der körperlichen und werththätigen Erziehung hat am 8. d. Mts. eine Sitzung abgehalten.

gab einen Ueberblick über den gegenwärtigen Stand dieser Bestrebungen und wies auf die spärlichen Mittel hin, die im neuen Etat insbesondere für den Handfertigkeit-Unterricht von der Regierung neu eingelegt worden sind. Die schon früher gewährten Zuschüsse belaufen sich auf 24 000 Mark, wovon jene diesem im diesjährigen Etat ungenutzt des im vorigen Jahre mit großer Majorität angenommenen Antrags des Abgeordnetenhauses um 5000 Mark, d. h. um nicht ganz 150 Mark für den einzelnen Regierungsbezirk, vermehrt worden sind. Man theilte allgemein das Bedauern über die Geringfügigkeit dieser Summe. Sodann machte der Vorsitzende Mitteilung über das Programm des vom 29.—31. Mai in Kiel stattfindenden 13. deutschen Kongresses für erziehlche Knabenarbeit. Den wesentlichsten Punkt bildet der Antrag des deutschen Vereins für Knabenarbeit, in einer Reihe frei sich meldender Volksschulen und Seminarien nach bestimmten Plänen Fortschreitende Muster-einrichtungen für den Handfertigkeit-Unterricht nach dem Vorbilde der Reformschulen für die höheren Lehranstalten zu schaffen. Der Vorstand des Aususses erklärte sich mit diesem aus der Entwickelung der Bestrebungen sich ergebenden Plane einverstanden, da nur durch einen ersten Versuch auf diesem Gebiete der Nachweis dafür zu erbringen sei, ob und inwieweit der Handfertigkeit-Unterricht allgemein in den Lehrplan der Volksschule und des Seminars aufgenommen werden könne. Doch sei Vorbedingung, daß keine Schulunterhaltungs-pflichten zu diesem Versuche gezwungen werden. Im Weiteren beschloß der Vorstand und Ausschuss, von der Einbringung eines erneuten Antrags angehts des bevorstehenden Schlußes der Session zwar Abstand zu nehmen, doch bei den Unterrichtsminister und dem Finanzminister dahin vorstellend zu werden, daß mehr und mehr zur Geltung und Verwertung gelangenden Bestrebungen für Verbreitung des Handfertigkeit-Unterrichts eine weitergehende Unterstützung des Staates und besonders auch die jetzt nach langer reichlich überlegter Vorarbeit in Aussicht genommenen Muster-Einrichtungen staatliche Förderung finden möchten.⁹

Wiesbaden, 11. Mai. Nach der Fest-
stufstafel bei der Prinzessin Luise vom Preu-
zeiweilte der Kaiser auf dem Balkon und wurde
von der Menge jubelnd begrüßt. Gegen 3 Uhr
unternahm der Kaiser mit den Herren des Ge-
folges einen Spazierritt in den Wald in der
Richtung nach dem Jagdschloß „Platte“, und
kehrte um 5 Uhr zurück. Um 6 Uhr fand die
Mittagstafel bei dem Oberhof- und Hausmar-
schall A. v. Liebenau statt. Auf Befehl des
Kaisers blieben morgen alle Schönen geschlossen.
Der Kaiser erschien Mittags gegen 1 Uhr im
Hoftheater und besichtigte die kostbaren von
Prinzen Georg von Preußen der Intendant
zur Verfügung gestellten Schmuckgegenstände
sowie die jenseitigen Einrichtungen zum „Fleier-
den Holländer“, welche nach Skizzen des Marin-
malers Salzmann hergestellt sind; sodann nahm
der Kaiser die prunkvolle Garderobe zur „Tie-
dora“ in Augenschein und unterließ sich ein-
gehend mit dem Garderobeninspektor Ramp-
Abends 7½ Uhr fuhr der Kaiser zur Vorstellung
nach dem Hoftheater, woselbst er mit Trompeten-
fanfaren und der Nationalhymne empfangen
vom Publikum mit Hochrufen begrüßt wurde.
Nach der Vorstellung ist Abendunterhaltung in
Schloße.

Karlsruhe, 11. Mai. Nach dem Hofbericht der „Karlsruher Zeitung“ erwarten die großh. zöglichen Herrschaften in den nächsten Tagen die Ankunft des Kronprinzen von Schweden in Norwegen. Voraussichtlich wird auch die Kronprinzessin von Schweden und Norwegen noch dieser Woche aus Italien hier eintreffen.

Rektor und Senat der technischen Hochschule warnen durch Anschlag am schwarzen Brett von der Unelastizität, die der Reichstag einstimmig verurteilt habe; der Studentenstand habe keine Vorrechte, gegen Zweikämpfe werde in Zukunft in schärfster Weise vorgegangen werden.

Wien, 11. Mai. Ein allgemein verbreitetes Gerücht von einer heute in der Aula der Universität erfolgten Verbrennung einer ungarischen Fahne ist unbegründet. Der Rektor der Universität, Dr. Menger, zitierte sämtliche Einberufenen zur Beschlußfassung einer Kundgebung gegen die Millenniumsfeyer geplanten verbotenen Studentenversammlung, sowie die Unterzeichner der veröffentlichten Erklärung gegen die Millenniumsfeyer. Die Erklärungen erklärten, die Absicht der Verbrennung einer Fahne sei von keiner leitenden Stelle der Studentenschaft gesagt, auch hätten sie keine Kenntniß von einer geplanten derartigen Demonstration. Der Rektor machte sie auf die Folgen eines derartigen Schrittes aufmerksam, der die Regierung von allen österreichischen Universitäten zur Folge hätte. Der Rektor sprach ferner seine vollste Mißbilligung über die erwähnte Kundgebung der arishnalen Studenten aus und ermahnte sie zur ruhigen Haltung, da sonst mit unannehmlicher Strafe vorzugehen werden würde.

Wien, 11. Mai. An der Wiener Universität geht es fortgeleibt. Die Polizei löste 17 Studentenverbindungen auf, die dem beständigen Einschluß beitrugen, daß Juden satisfaktionsunfähig seien. Zu der Begründungsmaßregel heißt es: Dieser Beschluß verlege die Ehre einestheils der Studentenkörper aufs empfindlichste; es sei strafbare Aufreizung, geeignet, die Ruhe und Ordnung an der Universität zu stören. Gleichzeitig waren Mittags elf Studenten zum Rektor vorgeladen, weil sie anlässlich der Tausendbüchse eine Kundgebung gegen Ungarn veröffentlichten, die in einer Studentenversammlung, deren Abhaltung aber die Polizei verbot, beschlossen werden sollte. Der Rektor, Professor Anton Menger, kündigte den erschienenen Studenten an, jeder, der an verbotenen Kundgebungen theilnimmt, würde von allen Hochschulen der Monarchie ausgeschlossen, und sprach dann den Studenten seine Mißbilligung aus über die Kundgebung gegen Ungarn. Die Ruhe an der Universität blieb heute ungestört.

Paris, 10. Mai. Die drei Franzosen welche am 30. März von den Tahavalos Manarintsoa nach einem mehrtägigen Kampfe getödtet wurden, sind zwei Zivilingenieure, Duret de Brie, Jean Grand und ihr Gehülfe Theophile Midyand. Duret besaß ein stattliches Vermögen das er in Madagaskar anlegen wollte. Sie hatten Frankreich am 10. Januar verlassen und sich

den ersten Tagen des März von Zanarano
aufgemacht, um drei Tagereisen süßlich Ergras-
zu untersuchen. Gegen die Mitte des Monats
wurden sie von den dortigen friedlichen Bewö-
kungen vor zwei Ränberbanden gemagt, welch-
die Gegend umficher machten, und sie beschlo-
daher, nach der Hauptstadt zurückzuziehen. Als
sie Sonntags, den 29. März, in einem Dor-
raften, zeigten sich die ersten Jahabalos. Die
Einheimischen standen den Weichen bei, aber sie
verfügten nur über zwei Gewehre und wären
einer größeren Schaar, deren Angus sicher war
unterlegen. Duret, Grand und Midgaid über-
nacherten daher auf dem Fesle, und als sie am
nächsten Morgen aufbrachen, wurden ihnen einige
Kugeln nachgeschand. So wußten sie, daß man
sie verfolgte. Nach einem beschwerlichen Marsch-
trafen sie nach 10 Uhr Vormittags in dem be-
seiligten Dorfe Manarintioa ein, wo man den
Erhöbsten Schutz und Hilfe versprach. Edo-
um die Mittagssunde nahen die Jahabalos
eine Schaar von 1200 bis 1500 Mann, Gesich-
ausstufend, Hörner blasend, Sagenen schwingen-
und mit etwa 100 Gewehren drohend. Die
meisten Männer der Dtschaft waren nach einem
benachbarten Marte gegangen, und die Zahl
der kampftüchtigen Leute war daher gering.
Sie eilten mit den drei Franosen nach der
Verhängerungen, aber der Kampf mußte bald ein-
gestellt werden, als eine Kugel der Angreifer
Duret in die Brust traf. Die Einheimischen
zogen sich zurück, die Jahabalos folgten, und
entbarkte ein furchtbarer Kampf um die Mitte
wo Duret untergebracht worden war und seine
beiden Gefährten die Vertheidigung leiteten.
Als einer der Führer der Jahabalos nieder-
gestreckt wurde, legten diese Feuer um die Hütt-
Die Insassen wichen zurück, und nun wiederhol-
sich das Gleiche fünf oder sechs Mal. Gran
wurde, als er aus einem rauchenden Hans in
ein anderes floh, auf der Straße geröbte
Midgaid in dem Graben des Schuttwalls. Der
verwundeten Duret machte ein Anbit de
(Ganz) auf dem Wege, wo man die Längs-
der

Garaus an dem Lager, wo man ihn umgeben hatte, und das Ehepaar, das ihm ein Obdach gewährt, wurde ebenfalls niedergemetzelt. Die zahavabalos sich zurückzogen, äckerten sie eine Straße ein, auf der 50 der ihrigen als Leichen lagen, rissen den Trägern und dem Koch die Weizen alle Kleider vom Leibe und jagten sie nach hinaus in die Nacht. Am 1. April Namittags berichteten diese dem Generalsident Larowe was geschehen war, und er begab sich nach Manarintsoa, um die Leichen nach Tananarivo abzuholen; diejenige Durets wurde verhaftet. Der Leichenfeier in der dortigen katholischen Hauptkirche wohnten auch die Großwürdenträger am Hofe der Königin und zwei Palastoffiziere der Königin bei, was nicht hinderte, daß die anwesenden Franzosen laut ihren Unmuth darüber bezeugten, daß die Zahavabalos bei den Gouverneuren Königin Schutz finden. Einer der in Manarintsoa getödteten Führer ist ein naher Verwandter eines Günstlings der Königin. Vor den offenen Thoren hielt der Generalsident eine bemetzte Rede. Während er auf dem Friedhofe im Norden der Stadt sprach, zühten einige Kugeln aus der Gegend her; als Beweis, daß der Gegenstand seinen Augenblick ruht.

London, 11. Mai. Unterhaus. Der Staatssekretär für Indien, Lord Hamilton, erklärte, es sei beschlossen worden, die Garnison von Suakin durch indische Truppen zu ersetzen, die Garnison von Suakin solle, mit Ausnahme eines Infanterie-Bataillons, nach dem Mittelmeer gehen.

London, 11. Mai. Der „Manchester Guardian“ erfährt, in Folge des Berichtes der Beamten, der in London war, um gewisse Phasen der jüngsten Geschichte der Charter Company zu untersuchen, werde die deutsche

gierung wahrscheinlich Schritte thun, um deutsche Kapitalisten zu verhindern, weitere Anlagen in den Papieren der Company zu machen; sie dürfte sogar den Handel in deren Aktien an den deutschen Börsen unterjagen. Auch wird erwartet, die Hauptergebnisse der Untersuchung des erwähnten Beamten würden in der offiziellen Presse veröffentlicht werden. (Bestätigung bleibt abzuwarten.)

Petersburg, 11. Mai. Der schan von Rhina, welcher sich zu den Krönungsfeierlichkeiten nach Moskau begiebt, ist heute hier eingetroffen. In der Begleitung des Schan befinden sich sein Sohn und ein Minister.

Der „Russischen Telegraphenagentur“ zufolge wird Fürst Ferdinand von Bulgarien, trotz aller gegentheiligen Gerüchte, den Krönungsfeierlichkeiten in Moskau beiwohnen.

San Francisco, 11. Mai. Der Dampfer „Monowi“ bringt die Nachricht, Eingeborene auf dem englischen Theil der Salomons-Inseln hätten mehrere Kaufleute und Missionäre ermordet. Die Widnen auf der englischen Insel Makaita hätten die Besatzung einer zu der englischen Brigg „Niolog“ gehörigen Schaluppe getödtet. In Puidiana wurden mehrere Kaufleute getödtet, darunter zwei Franzosen und ein Amerikaner. Zwei englische Missionäre werden vermißt. Man fürchtet, daß sie ermordet sind. Die Missionsstation auf der Insel Tunan ist verlassen worden.

Stettin, 12. Mai. Die Sonntags-Sonderzüge nach Berlin werden Sonntag, den 17. d. M., wieder aufgenommen und bis auf Weiteres an jedem Sonntag abgelassen. Die Abfahrt vom hiesigen Bahnhof erfolgt Morgens 5 1/2 Uhr, die Abfahrt von Berlin 11,15 Uhr Abends. Der Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt beträgt 2. Klasse 5,70 Mark 3. Klasse 3,00 Mark. Kinder werden befördert im Alter unter 4 Jahren frei, im Alter von 4 bis 10 Jahren auf Kinderfahrkarten. Fahrkarten-Verkauf findet statt am Freitag und Sonnabend und am Tage der Fahrt bis 1 Stunde vor Abgang des Zuges. Fahrkarten-Verkauf findet Donnerstags, Freitags und Sonnabends bis 8 Uhr Abends bei den Herren Carl Hoffmann, H. Domstraße 5, Gustav Negele kleine Dom- und Hofmarktsstraßen-Gefe und Paul Weismann, Große Lustide 53, statt.

— Die regelmäßigen täglichen Dampfschiffe fahren auf der Tour Stettin-Wollin ab und an in Berlin am 15. Mai wieder aufgenommen. Die Abfahrt von Stettin erfolgt Vormittags 11 1/2 Uhr.

— Die Bräunlich'sche Rheberei veranstaltete am Himmelfahrtstage eine Promenadenfahrt nach dem Haff; die Abfahrt erfolgte Morgens 9 Uhr, auf der Rückfahrt wird in Gollum Aufenthalt genommen.

— Freie Baderuren werden auch in diesem Jahre denjenigen Militärinvaliden, welche in den Feldjahren gesundheitsliche Nachteile erlitten, in Gms, Kreznach, Langenschwabach, Naumburg, Norderny, Deynhausen, Pyromont, Tepitz oder Widdungen bewilligt. Näheren Auskünfte darüber erteilen die königlichen Bezirkskommandos.

— Das neue Kurbad in Swinemünde wird am 2. Juli d. J. eingeweiht, und damit gleichzeitig die diesjährige Badesaison festlich eröffnet werden.

— Gebrauchsmuster sind eingetragen für Louis Lindenberg in Stettin-Westend an eine bewegliche Zintabdeckung von Asphalt- und Holzzementdächern, und für Adolf Frankenstein in Stettin auf eine in das Haar einzubrehende Nadel.

* Die im Stadtbezirk Stettin eingeführte Muster für polizeiliche An- und Abmeldung erfahren fortan insofern eine Veränderung, als Spalte 6 der Zusaz: „Staatsangehörigkeit“ anzunehmen ist.

* Im König-Wilhelm-Gymnasium, Eingang von der Deutschen Straße, ist ein Feuerwerk angebracht worden.

* Im Laufe des gestrigen Abends und der letzten Nacht wurde die Hülfe der Sanitätswache mehrfach, im Ganzen viermal von Personen in Anspruch genommen, welche bei Mangeln Verletzungen dabeigetragen hatten. U. a. erschien heute früh der Portier eines Nachts auf der Wache, derselbe hatte einige unliebsame Gäste aus dem Lokal entfernt und war dabei von Sekstern erheblich mißhandelt worden.

* Dem in der Königsstraße wohnhafte Zahntechniker Kalinke wurde in vorletzter Nacht ein am Hause angebrachter Kasten mit Firmengestohlen.

* In der Zeit vom 3. bis 9. Mai fielen hierüber 21 männliche und 25 weibliche, Summa 46 Personen polizeilich als verdächtig gemeldet, darunter 23 Kinder unter 10 und 9 Personen über 50 Jahren. Von den Kindern starben 4 an Krämpfen und Strangfrankheiten, 3 an Lebensschwäche, 3 an Malaria, 3 an Schwindel, 3 an Entzündung des Brustfells, der Luftröhre und Lungen, 2 an fäulnischem Fieber und Grippe, 1 an Abzehrung, 1 Diphtheritis, 1 an Syphilis, 1 an organischen Herzkrankheit und 1 an Schilddrüsenkrankheit. Von den Erwachsenen starben 7 an Schwindel, 5 an chronischen Krankheiten, 3 an Krebskrankheiten, 2 an organischen Herzkrankheiten, 2 an Entzündung des Brustfells, der Luftröhre und Lungen, 2 an Schlagfluß, 1 an Entzündung der Unterleibs- und 1 an Altersschwäche.

— Der Verein der deutschen Kaufleute (eingetragene Hülfsvereine Nr. 44) Berlin, in durch 52 Ortsvereine über ganz Deutschland verbreitete Organisation von Handelsgeschäften, versteht jedoch seinen Jahresbericht pro 1895. Denselben entnehmen wir, daß der Verein wiederum ein Jahr gedehnter Enttiefelung zurückgelegt hat. Die freiwillige Verhinderung gegen Stellenlosigkeit zahlte an Mitglieder während der Stellenlosigkeit 2035,50 Unterstüzungen, während aus der obligatorischen Unterstüzungsfond, an welcher jedes Vereinsmitglied Anspruch hat, 7 Mitglieder in besonderen Nothfällen Mark 215 und Mitglieder während der Stellenlosigkeit Mark 6525,55 Zuwendungen erhielten. Als Ergänzung und Entlastung dieser beiden Einrichtungen

18